

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

R/AIX/229

Bonn, den 1. Dezember 1964

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite

Zeilen

"Kleine Schritte"

51

Das Menschliche in der Politik

2, 3 - 4

Die Bundesrepublik und die UNESCO

28

Positives und Negatives

Von Georg Kahn-Ackermann, MdB, München

5

Vor dem finanziellen Bankrott ?

42

Zur 19. Sitzung der Vereinten Nationen

6

Revolution im Wohnungsbau

52

Vorfabrikerte Wohnungseinheiten am Fließband

Höchster Komfort - Beachtliche Kostensenkung

Dänemark zeigt den Weg

+ + +

## "Kleine Schritte"

### Das Menschliche in der Politik

sp - Die sogenannte große Politik ist in der Deutschlandfrage zum Stillstand gekommen. Seit 1959, als in Genf die Außenminister von Ost und West miteinander "Friedenspläne" austauschten, ist praktisch nichts geschehen, was uns die Hoffnung geben könnte, der Wiedervereinigung näher zu kommen. Im Gegenteil, die Bewahrung des Zusammenhalts der Menschen diesseits und jenseits von Stacheldraht und Mauer ist immer schwieriger geworden; sie bleibt aber auf der Tagesordnung der deutschen Politik.

In den Vorweihnachtswochen des vergangenen Jahres hat der Regierende Bürgermeister von Berlin, Willy Brandt, zum ersten Mal das Wort von den "kleinen Schritten" geprägt, die an Stelle im Augenblick nicht möglicher großer Schritte gesetzt werden müßten, um wenigstens den Menschen in beiden Teilen Deutschlands das Gefühl der Zusammengehörigkeit zu erhalten. Auf diese Weise entstand das erste Berliner Passierscheinabkommen, dem in diesem Jahre ein zweites, verbessertes Abkommen folgte.

Zwischen Weihnachten und Neujahr 1963/1964 haben mehr als 700 000 Westberliner ihre Verwandten im östlichen Teil der alten deutschen Hauptstadt besuchen können. So kamen schon damals mindestens zwei Millionen Deutsche zusammen. Sie nahmen die unglaublichsten Strapazen auf sich und bewiesen damit, daß ihnen nichts zu schwer ist, um sich wieder einmal mit ihren Verwandten und Freunden zu treffen.

Das diesjährige Passierscheinabkommen hat schon in der Vorweihnachtszeit, im November, rund 570 000 Westberliner nach Ostberlin geführt. Vorsichtig gerechnet ergibt sich, daß während der zwei Herbstwochen mehr als zweieinhalb Millionen Deutsche zusammengetroffen sind, da in diesem Jahr die Bewohner der Zone mehr Zeit hatten, sich auf einen Besuch ihrer Verwandten aus Westberlin vorzubereiten. Außerdem haben dank des sogenannten Dringlichkeitsabkommens etwa 3 000 Westberliner im November Passierscheine für dringende Familienfälle erhalten.

Auch das Abkommen über die Besuchsreisen von Rentnern aus der Zone in die Bundesrepublik gehört - politisch gesehen - zu den sogenannten "kleinen Schritten". Etwa 170 000 Rentner haben von der Besuchsmöglichkeit Gebrauch gemacht. Sie kamen nach oft jahrelanger Trennung von ihren Verwandten in die Bundesrepublik, um hier zerrissene Familienbände wieder anzuknüpfen. Die meisten von ihnen werden in die Zone zurückkehren; ihnen bleibt jedoch das große Erlebnis der Wiedersehensfreude.

Man kann sagen, daß alle diese menschlichen Begegnungen eigentlich selbstverständlich sein sollten, und daß es sich nicht ziemt, darüber zu reden. Wir tun es trotzdem, weil wir im Gegensatz zu Skeptikern und ständigen Nein-Sagern meinen, es sei sinnvoll, die schlechte und unnatürliche Politik Fankows durch Erleichterungen für die Menschen, die unter dieser Politik leiden, zeitweilig zu korrigieren. Willy Brandt hat auf dem SPD-Parteitag in Karlsruhe gesagt:

- \* "Die ganze Politik soll sich zum Teufel scheren, wenn sie nicht
- \* dazu da ist, den Menschen das Leben leichter zu machen, statt es
- \* ihnen zu erschweren. Und was gut ist für die Menschen in geteil-
- \* ten Land, das ist auch gut für die Nation."

Die hier genannten Zahlen machen deutlich, wie notwendig auch "Kleine Schritte" sind, um das Menschliche in der Politik zu bewahren.

## Die Bundesrepublik und die UNESCO

### Positives und Negatives

Von Georg Kahn-Ackermann, MdB, München

In Paris ging vor kurzem nach rund fünfwöchiger Dauer die 13. UNESCO-Generalkonferenz zu Ende. In der Bundesrepublik kann man ungeachtet der wachsenden strukturellen Veränderungen, die in der nunmehr 120 Mitgliedstaaten umfassenden Weltorganisation Platz greifen, im großen und ganzen zufrieden sein. Die Tatsache, daß die Bundesregierung vor Konferenzbeginn im September bei dem Besuch des Generaldirektors der UNESCO, M. René Mahieu, ihre bisherige betonte Zurückhaltung gegenüber der UNESCO aufgegeben und sich zu aktiverer Mitarbeit verpflichtet hatte, übte diesmal einen sichtbar vorteilhaften Einfluß auf die deutsche Position aus. Das gleiche läßt sich von den Nachwehen der als Folge des deutsch-französischen Vertrags ergebrnen kulturellen Beziehungen zwischen Deutschland und Frankreich sagen. Vor allem aber zeigte sich auf UNESCO-Ebene eine zunehmende Normalisierung des Verhältnisses zwischen der Bundesrepublik und den meisten Ostblockstaaten.

### Kontakte zu Ostblockstaaten

Der Präsident der deutschen UNESCO-Kommission, Professor E o k e r t, dessen großes internationales Prestige als Leiter des Braunschweiger Schulbuchinstituts sehr spürbar ist, konnte in Paris eine Reihe betont herzlicher Gespräche mit den Erziehungsministern der osteuropäischen Staaten führen und wichtige Vereinbarungen über eine engere Zusammenarbeit zwischen den jeweiligen nationalen UNESCO-Kommissionen treffen. Das Verhältnis zwischen den Russen und den Deutschen blieb reserviert und kühl; doch verzichtete die Sowjetunion, die diesmal in der Person des international angesehenen Gelehrten Professor S i s s a k i a n der Präsidenten der Konferenz gestellt hatte, auf ihre gewohnten politischen Angriffe gegenüber der Bundesrepublik. Ebenso unterließ sie, von einer Ausnahme abgesehen, die früher zahlreichen Versuche, die SBZ durch eine Hintertür an die UNESCO-Arbeiten heranzulassen. In den vergangenen zwei Jahren waren etwa 40 Teilnehmer aus der SBZ zu den verschiedensten UNESCO-Paschtagungen eingeladen worden. Die bedeutendste Folge der allgemeinen West-Ost-Entspannung ist der Beschluß, im Rahmen der UNESCO 1966 eine europäische Regionalkonferenz der Erziehungsminister abzuhalten. Auf dieser Konferenz, die in Wien stattfinden wird, werden erstmals die westeuropäischen Erziehungsminister gemeinsam mit ihren Kollegen aus der osteuropäischen Staaten und der UdSSR beraten. In kultureller Hinsicht - das zeigte sich in Paris deutlich - hat Europa wieder begonnen, seinen alten geographischen Rahmen auszufüllen.

### Zusammenarbeit im westlichen Bereich läßt zu wünschen übrig

Neben diesen positiven Ergebnissen zeigten sich freilich auch kritischer zu bewertende Ergebnisse. Die Zusammenarbeit zwischen den westlichen Staaten ist noch loser geworden. Gelegentlich könnte man gar nicht mehr von Zusammenarbeit sprechen, während Afrikaner, Asiaten, Araber und Lateinamerikaner, ungeachtet aller inneren Gegensätze,

ihre Interessen als regionale Gruppen mit großem Geschick und Nachdruck wahrnehmen. Infolgedessen verloren die Staaten des Westens bei den Neuwahlen zu den wichtigsten der UNESCO-Organen, dem Exekutivrat, zwei weitere Sitze an die Entwicklungsländer.

#### Bonn in Afrika negativ beurteilt

Die Sympathien vieler Entwicklungsländer, vornehmlich auf dem afrikanischen Kontinent, für die Bundesrepublik sind trotz der vermehrten deutschen bilateralen Hilfe weiter gesunken. Unter den Ursachen dafür spielt die betont freundschaftliche Politik Bonn gegenüber der Südafrikanischen Union eine Rolle. Es wäre zu wünschen, daß die in dieser Hinsicht allzu optimistischen Auffassungen des Auswärtigen Amtes im Lichte der Erfahrungen der UNESCO-Generalkonferenz einer Korrektur unterzogen würden.

Im übrigen brachten zahlreiche Sprecher der Entwicklungsländer, darunter auch solche, die beträchtliche deutsche Hilfe erhalten, wiederholt zum Ausdruck, daß sie der technischen und der Bildungshilfe, die durch die UNESCO vermittelt würde, den Vorzug vor jeder Form bilateraler Hilfe gäben, die immer, wenn die Geberländer es auch nicht wahrhaben wollten, politische Abhängigkeitsverhältnisse begründete. Die Absicht, die UNESCO in eine Art Clearingstelle für technische und Bildungshilfe zu verwandeln, ist deutlich erkennbar.

In der Bundesrepublik ist bisher den großen Programmen der UNESCO auf dem Gebiet der technischen Hilfe zu wenig Bedeutung beigemessen worden. Allein in der Budgetperiode 1965/68 führt die UNESCO auf der ganzen Welt 64 Großprojekte der Bildungshilfe durch, die insgesamt etwa 300 Millionen DM erfordern. Der größte Teil der erforderlichen Mittel wird der UNESCO dabei durch den Special Fonds zur Verfügung gestellt. Die führende Stellung, welche die UNESCO auf dem Gebiet der Bildungsplanung, der Bildungshilfe, der Wissenschaftsförderung und der technischen Ausbildung in den Entwicklungsländern einnimmt, hat sich weiter gefestigt.

#### Entwicklungsministerium schwach vertreten

In diesem Zusammenhang war es äußerst bedauerlich, daß das Ministerium Scheel weder kontinuierlich noch ausreichend auf der Generalkonferenz vertreten war, obwohl auch gerade die von Minister Scheel und dem UNESCO-Generaldirektor getroffenen Vereinbarungen über eine engere Zusammenarbeit der deutschen bilateralen technischen Hilfe und den UNESCO-Programm zu einer Intensivierung des deutschen Engagements beigetragen hatten. Ähnlich bedauerlich und nachteilig wirkte sich aus, daß kein Vertreter der Kultusministerkonferenz in der deutschen Delegation in Paris ständig zugegen war. Immerhin nahmen der Berliner Schulsenator Ewert, der baden-württembergische Kultusminister Professor Hahn, sowie Vertreter des bayerischen Kultusministers kurzfristig an der Generalkonferenz teil.

### Kultusminister müssen aktiver werden

Die Mitwirkung der Kultusminister an der deutschen UNESCO-Arbeit ist aus verschiedenen Gründen besonders wichtig geworden, nicht nur weil das UNESCO-Programm im wesentlichen innerdeutsch ihre Belange berührt, sondern auch weil die völlig unzulängliche deutsche Vertretung in der UNESCO-Administration personell eigentlich nur aus den Länderkultusverwaltungen ergänzt werden kann.

Obwohl die Bundesrepublik mittlerweile nach den USA und der UdSSR zum drittgrößten Beitragzahler der UNESCO aufgerückt ist und künftig etwa rund 60 Planstellen bei der UNESCO besetzen können - vorausgesetzt, daß sie qualifizierte Bewerber stellt - sind gegenwärtig nur 16 Deutsche in untergeordneten Stellungen der UNESCO-Verwaltung tätig. Unter den leitenden UNESCO-Beamten befindet sich gegenwärtig nicht ein Deutscher. Der Grund hierfür ist, daß die Länder noch immer nicht die Voraussetzungen geschaffen haben, um die für Deutschland so wichtige Entsendung qualifizierter Leute in internationale Organisationen, deren Dienstverträge sich in der Regel nur über vier bis sechs Jahre erstrecken, zu erleichtern. Nach wie vor fehlt es an Anreizen und vor allem an Sicherungen für angemessene Beförderung und Wiederverwendung der vorübergehend bei internationalen Organisationen tätigen Deutschen. Die von der Bundesregierung eingegangenen Verpflichtungen bei der UNESCO müßten sie endlich zu einer Initiative bewegen, eine befriedigende Lösung dieses seit Jahren die deutsche Stellung nicht nur in der UNESCO schwächenden Personalproblems in Zusammenarbeit mit den Ländern zu finden.

### Deutsche Vertretung sachlich und personell unzureichend

Für die Bundesregierung selbst bleibt ausserdem einiges zu tun. Wenngleich der neue ständige Vertreter Deutschlands bei der UNESCO, der bisherige Generalsekretär in Marseille, Simon, den Titel eines Gesandten erhalten wird, so doch nicht den Rang und die Dienststellung. Im Gegensatz zu den Praktiken anderer Staaten ist die deutsche Vertretung bei der UNESCO ein sachlich und personell zu gering ausgestattetes Anhängsel der deutschen Botschaft in Paris und hat, wie die Personalabteilung des Auswärtigen Amtes aus Erfahrung sehr wohl weiß, eine nur geringe Anziehungskraft für interessierte Bewerber.

Die Einrichtung einer selbständigen deutschen Vertretung bei der UNESCO ist zusammen mit einer längst überfälligen Verstärkung des Referats Internationale Organisationen in der Kulturabteilung des Auswärtigen Amtes eine wichtige organisatorische Voraussetzung, wenn die Bundesregierung die Wechsel einlösen will, die sie beim Besuch des UNESCO-Generaldirektors in September quergeschrieben hat.

### Vor dem finanziellen Bankrott ?

#### Zur 19. Tagung der Vereinten Nationen

sp - Stehen die Vereinten Nationen vor dem finanziellen Bankrott? Noch ist es ungewiß, ob es in den nächsten Tagen zur ökonomisch schon mehrfach verschobenen Einberufung der 19. Vollversammlung kommt. Die Sowjetunion weigert sich, ihre Beitragsrückstände in der Höhe von 53 Millionen Dollar zu zahlen. Die UNO-Aktionen zur Friedenserhaltung im Mittleren Osten, im Kongo und auf Zypern fanden und finden nicht die Zustimmung Moskaus, es bezeichnet sie als illegal, obwohl rechtskräftige Beschlüsse der UNO-Vollversammlung vorliegen. Diese unterliegen nicht - im Unterschied zur Prozedur des Sicherheitsrates - einem Veto.

Die Sowjetrussen und deren Anhang wurden mit Zweidrittel-Mehrheit überstimmt. Das verletzte ihren Stolz und ihre Empfindsamkeit. Sie stellten ihre Zahlungen ein. Nur besagt Artikel 19 der Satzung der Vereinten Nationen, jedem Mitglied könne das Stimmrecht entzogen werden, wenn es mit mehr als zwei Jahren im Zahlungsrückstand sei. Werden die Vereinigten Staaten ihre Drohung verwirklichen und die Anwendung des Artikels 19 der Satzung beantragen? Sie stehen vor einer ihrer schwerwiegendsten Entscheidungen. Die Suche nach einem Kompromiß blieb bisher ergebnislos; eine Lösung liegt nicht in Sichtweite. Vermittlungsvorsuche afrikanischer Staaten fanden bei der Sowjetunion keine Resonanz. Drohend erhebt sich vor den Vereinten Nationen das Gespenst der Zahlungsunfähigkeit.

Die Vereinten Nationen haben in ihrer zwanzigjährigen Geschichte so manche Stürme erlebt und manches Erdbeben über sich ergehen lassen müssen. Sie können nicht stärker sein als es ihre Mitglieder - insgesamt sind es jetzt 113 - wollen. Die Sowjetunion wird es sich wohl dreimal überlegen müssen, ob sie die Entziehung des Stimmrechts riskieren kann. Ein von manchen Staaten erwogener Gedanke, Abstimmungen in der Vollversammlung solange zu vereiteln, bis doch ein Kompromiß erreicht ist, wäre, käme er zur Annahme, eine Verlegenheitslösung; immerhin hätte sie den Vorzug, den beitragsrückständigen Mitgliedern, wozu auch Frankreich und Nationalchina gehören, Zeit zu neuen Überlegungen zu geben.

Die Vorstellung, die Weltorganisation der Vereinten Nationen müßte ihre Tätigkeit einstellen, weil es an Geld mangelte, ist erschreckend. Aber so weit dürfte es wohl nicht kommen. Bei aller Unzufriedenheit mit der UNO hat es bisher kein Mitglied gewagt, die Mitgliedschaft aufzukündigen oder einen Austritt zu riskieren. Die Vorteile überwiegen die Nachteile. Keiner Weltmacht kann es heute gleichgültig sein, wie sie im Lichte dieser umfassendsten Begegnung von Politikern und Staatsmännern der ganzen Welt besteht und beurteilt wird.

## Revolution im Wohnungsbau

---

Vorfabrizierte Wohnungseinheiten am Fließband  
Höchster Komfort - Beachtliche Kostensenkung

lg - Kopenhagen

Die Skandinavier werden oft wegen ihres hohen Wohnstandards beneidet. Die eleganten Trabantenstädte Finnlands, an Seen zwischen Kiefern und auf Felsen gebaut, sind bekannt. Die modernen Wohnanlagen Schwedens, die nun auch in das Zentrum Stockholms vordringen, beeindruckt die Städteplaner in der ganzen Welt. Die modernen und sorgfältig geplanten Wohnanlagen, die sich in Dänemarks Wiesen- und Buschlandschaft erstrecken, werden ständig von Wohnungsbauplanern aus Europa und Übersee besucht.

Jetzt will die von Sozialdemokraten geführte dänische Regierung in den nächsten vier bis fünf Jahren mit großindustriellen Methoden ein modernes Wohnungsbauprogramm durchführen, das endgültig mit der Wohnungsnot Schluß machen soll. Im Zuge dieser Aktion sollen selbstverständlich auch alle alten und unwohnlischen Behausungen abgerissen werden. Mit Hilfe einer neuen industriellen Baumethode will die dänische Regierung ganze Häuser und Wohnviertel bauen und sogar exportieren. Das ganze Vorhaben klingt phantastisch, jedoch beweisen die ersten Versuche, daß der Plan realisierbar ist. 50 Prozent der Bauteile werden industriell in überdachten Fabrikhallen vorfabriziert. Die übrigen 50 Prozent der Arbeitszeit bei der Erstellung eines Hauses oder Wohnviertels werden auf der Baustelle selbst geleistet. Die auf diese Weise geschaffenen Wohnungen haben modernsten Komfort: Kühlschränke, Waschmaschinen, Warmwasserboiler, eingebaute Schränke, Doppelglasfenster mit Jalousien und Entlüftungsanlagen.

Die bisherigen Berechnungen haben ergeben, daß auf diese Weise ein Quadratmeter Wohnraum im Stockwerksbau nicht mehr als 557 Kronen kosten wird. Das entspricht etwa 320 DM. In den meisten westeuropäischen Ländern kostet der Quadratmeter einer gleichwertigen Wohnung zwischen 650 und 900 DM. Bei einem Wohnungstyp von 90 qm Größe ist der Arbeitsstundenverbrauch mit der in Zukunft angewandten Fabrikationsmethode von rund 15 auf 10 Stunden pro Quadratmeter gesenkt worden.

Inzwischen hat sich eine große Schiffswerft in das Testprogramm der Regierung eingeschaltet. Sie stellt ganze Wohnboxen her und zwar mit Fußböden und gestrichenen und tapezierten Wänden. Die Installation und das feste Inventar sind in diesen Boxen erhalten, die dann in ein Skelett von Tragbalken und Säulen eingefügt werden. Ein weiteres Experiment läuft jetzt darauf hinaus, derartige praktisch wohnfertige Wohnungszellen nicht nur aus Betonteilen, sondern auch aus festem Ziegelwerk in der Ziegelei selbst herzustellen. Die Montage ist dann entsprechend wie bei den Betonboxen. Die Regierung in Kopenhagen wirkt nunmehr darauf hin, daß auch untersucht wird, inwieweit die Plastik als Baustoff für die Wohnstuben vom Fließband verwendet werden kann.

Das alles läuft aber keineswegs auf eine Uniformierung im Wohnungsbau hinaus. Dänemark hat gesetzlich im letzten Jahr ein Baustandardmaß für den Wohnungsbau vorgeschrieben. Diese Grundlagenbemessung ist so gehalten, daß die Bauweise überaus vielfältig variiert werden kann. Die mit Hilfe der Regierung errichteten Mustersiedlungen zeigen das auch. Die dänische Bauindustrie bereitet sich nach diesem Experiment darauf vor, ihre Kapazität erheblich auszuweiten, damit sie nicht nur den Rest des inländischer Wohnungsbedarfs decken, sondern auch in der Export vorstoßen kann. Je größer die Serien, um so niedriger die Preise.